Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
B. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10.
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.

Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.

Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 440. Sonntag den 30. August 1903. **97. Jahrgang.**

Für Monat
September
kann das täglich zweimal erscheinende „Leipziger Tageblatt" zum Preise von
Mark 1,00
(Mark **1,25** bei freier Zustellung ins Haus) sowohl durch sämtliche Zeitungsspediteure, wie auch durch die nachstehenden Ausgabestellen bezogen werden.

Ausgabestellen des „Leipziger Tageblattes":

	Telephon Nr.
Im Zentrum.	
Brühl 58, C. H. Schubert's Nachf., Kolonialwarenhdlg.	
Katharinenstr. 14, B. Wiche, Cigarrenhdlg.	2935
Ritterstr. 4, Lindnersche Leihbibliothek und Buchhdlg.	
Im Norden.	
Gerberstr. 8, H. A. Kröger, Butterhdlg.	6624
Gneisenaustr. 13, B. Ullrich, i. Fa. Ida Hartmann, Papierhdlg.	
Lützowstr. 15, C. Hetzer, Kolonialwarenhdlg.	979
Parkstr. 33 (Ecke Berliner Straße), F. W. Kieß, Kolonialwarenhdlg.	
Im Osten.	
Johannisgasse 8, Hauptexpedition	222
Ostplatz 4, Alfred Eiste, Cigarrenhdlg.	
Rauschische Gasse 6, F. Fischer, Kolonialwarenhdlg.	
Schützenstr. 5, J. Schümichen, Kolonialwarenhdlg.	1178
Tauchaer Str. 13, C. R. Reichel, Drogenhdlg.	6341
Im Süden.	
Arndtstr. 35, J. H. Lauig, Kolonialwarenhdlg.	3033
Bayersche Str. 45, H. Neumeister Nachf., Cigarrenhdlg.	3984
Königsplatz 7, L. Wiche, Cigarrenhdlg.	7505
Sternwartenstr. 24, Hans Pahlitzsch, Kolonialwhdl.	2390
Zeitzer Str. 35, B. Küster, Cigarrenhdlg.	
Im Westen.	
Bertholdstr. 21, Th. Peter, Kolonialwarenhdlg.	3901
Frankfurter Str. 23 (Ecke Waldstr.), L. Siewert, Kolonialwarenhdlg.	
Kaufhälder Steinweg 1, O. Engelmann, Kolonialwhdlg.	2151
Waldstr. 39, G. Betterlein, Kolonialwarenhdlg.	
Wettplatz 22, M. Leißner, Cigarrenhdlg.	2402
In den Vor- und Nachbarorten.	
Anger-Crottendorf, B. Friedel, Cigarrenhdlg., Zweinaundorfer Str. 6, O. Oehler, Bernhardstr. 51	
Connewitz, Frau Fischer, Hermannstr. 23	
„ Fritz Koch, Pegauer Straße 17	
Eutritzsch, Robert Ulmer, Buchhdlg., Delitzscher Str. 25	820
Gautzsch, Joh. Wolf, Ecke Ring- und Oetzscher Str.	
Gohlis, Robert Ulmer, Buchhdlg., Lindenth. Str. 6	820
„ Paul Schmidt, Brüderstraße 8	
Kleinzschocher, G. Grützmann, Zschochersche Str. 7a in L.-Plagwitz	2586
Lausch, Albert Lindner, Wettiner Str. 51 in L.-Eisdenau	
Lindenau, Alb. Lindner, Wettiner Str. 51 in L.-Lindenau	
Möckern, Paul Schmidt, Brüderstr. 8 in L.-Gohlis	
Neustadt, Paul Kuck, Annonc.-Exped., Eisenbahnstr. 1	
Neuschönefeld, Paul Kuck, Annoncen-Exp., Eisenbahnstr. 1	
Reusch, Carl Scheffel, Ecke Ost- und Mittelstr.	6475
Plagwitz, G. Grützmann, Zschochersche Str. 7a	2586
Probstheida, Reinhard Sachse, Buchbindergeschäft	
Reudnitz, M. Hagmann, Marschallstr. 1	1516
„ O. Schmidt, Kohlgartenstr 67	1739
„ Bernh. Weber, Gabelsbergerstr. 11	
Schleußig, G. Grützmann, Wunderlichstr. 56	2586
Sellerhausen, O. Oehler, Anger-Crottendorf, Bernhardstraße 51, part.	
Stötteritz, O. Oehler, Anger-Crottendf., Bernhardstr. 51, p.	
Thonberg, R. Häntzsch, Reitzenhainer Str. 58	
Volkmarsdorf, Paul Kuck, Ann.-Exped., Eisenbahnstr. 1	
„ Georg Niemann, Konradstr. 55 (Ecke Elisabethstr.)	
Wahren, Paul Schmidt, Brüderstr. 8 in L.-Gohlis	

Aus der Woche.

Das deutsche Parteileben befindet sich augenblicklich ziemlich allgemein in einem kritischen Zustande der „Revisionen". Auf einer ganzen Reihe teils eben verflossener, teils bevorstehender Parteitage wird revidiert und Musterung gehalten, zwar nicht unter dem Grundsätzen, wohl aber unter den taktischen Gesichtspunkten, die vielfach als veraltet bezeichnet werden. Es handelt sich also weniger um Programmänderungen, als um Schwenkungen. Ueber die gründlichste Schwenkung, das völlige Aufgehen des nationalsozialen Häufleins in der Freisinnigen Vereinigung, wird soeben in Göttingen verhandelt. Materiell so gewichtslos wie ein vom Baume gewehtes Blatt, zeigt gerade dieses „Blatt im Winde" deutlich die Stärke der Strömung zum sozialen Radikalismus an, die in den Parteien der Linken ungeschwächt fortdauert. Zieht es Naumann trotz seiner Stockerschen Vergangenheit zum Tiergartenfreisinn Barths, so zieht es Barth wiederum immer stärker zu Bebel hin, und der Zeitgeist ist abzulesen, da der eben antisemitische Pastor in Gesellschaft des philosemitischen Führers auf Umwegen genau an derselben Stelle in der roten Internationale landet, wo vor ihm schon Amtsbruder Göhre und jetzt auch Naumanns Parteisekretär Maurenbrecher mit entschlossenem Sprunge gelandet sind.

Angesichts dieser rapiden Schwenkung nach links kann man's begreifen, daß die äußerste Linke, die Sozialdemokratie, ihren freisinnigen Opfern, die ihr ja doch nicht entgehen, für die preußischen Landtagswahlen die schmachvollsten Bedingungen diktiert und sich obendrein, wie zum Hohne für die bürgerlichen Anhänger der „Mauserungstheorie", den Luxus eines Scheinkampfes um die „elende Präsidentenfrage" gestatten kann. Daß bei dem Dresdner Parteitage, auf dem dieser „Zwist" verhandelt werden wird, für die monarchischen Parteien nichts herausschaut, daß der ganze Mauserungs- und Revisionsrummel nur ein tückisches Manöver ist, um die haltlosen Elemente des Freisinns in das Lager der Sozialdemokratie zu locken, die an ihrem revolutionären Ziele niemals irre geworden ist, das ist durch die Kaiserinselgeschichte des „Vorwärts", wie durch die cynisch-offenherzigen Erklärungen des Revisionisten Peus über die Beseitigung der Dynastie hinlänglich bewiesen worden. Wenn die Sozialdemokratie eine Schwenkung heuchelt, kann man sicher sein, daß bürgerliche Phantasten verbohrt genug sind, die Schwenkung zu ihr tatsächlich zu vollziehen.

Werden sich unter sothanen Umständen auch die Ordnungsparteien der immer gebieterischer auftretenden Notwendigkeit entziehen können, auch ihrerseits eine Revision ihres Verhältnisses zu den Extremen links und rechts vorzunehmen? Ihre Stellung gegenüber dem Umsturz und dem ihm verwandten Freisinn, die schon programmatisch gegeben ist, kann durch den freisinnig-nationalsozialen Ruck nach links, dem bloß der „nämliche Freisinn" Richters standgehalten hat, nur noch klarer und leichter geworden sein. Sie scharf zu fixieren, wird für die nationalliberale Partei Gelegenheit sein, wenn sie auf ihren beiden Parteitagen in Hannover und Leipzig zur preußischen, bezw. zur sächsischen Wahlrechtsfrage Stellung nehmen wird. Ungleich schwieriger wird sich, insbesondere in Preußen, das Verhalten der Nationalliberalen zu den Konservativen regeln lassen. Diese Partei, die es in der Unfehlbarkeit agrarischer Interessenpolitik natürlich nicht nötig hat, die Meinung ihrer Anhänger auf Parteitagen zu hören, ist in ihrem Zuge zur äußersten Rechten der klerikalen Reaktion schon so bedenklich nahe gerückt, daß sie wirklich nur durch den Geburtsfehler ihres „bißchen Protestantismus", den sie auch mit großem Erfolge schamhaft versteckt, daran gehindert wird, im Zentrum mit ähnlicher Grazie zu verschwinden, wie die Naumänner im gelben und roten Meere. Kein noch so starker und volkstümlicher Zug zum sozialen Radikalismus, dem kleinere Parteien unterliegen, weil er vorläufig nicht aufzuhalten ist, kann den naturwidrigen Kulturfrevel rechtfertigen, den die preußischen Konservativen unter dem Vorwande „gegen den Umsturz" durch ein förmliches Bündnis mit dem Ultramontanismus begehen. Dieses Bündnis der klerikal-konservativen Reaktion ist das denkbar stärkste Agitationsmittel für den Umsturz, und es kann die preußischen Konservativen kaum entschuldigen, daß auch in den Reihen des Zentrums eine bedeutsame Revision des Operationsplanes stattgefunden hat. Denn auch hier ist der scheinbare Umschwung der Gesinnung nichts weiter als eine taktische Schwenkung, deren Aufrichtigkeit durch das jüngste Liebäugeln der „Köln. Volksztg." mit der Bernstein-Gruppe doch hinlänglich gekennzeichnet wird.

Viel maßgeblicher als solche Naturlaute der radikalen Zentrumsdemagogie sind aber den Konservativen und leider auch der Regierung die theatralischen Posen des verflossenen Katholikentags. Auf diesem Jubeltage, der sich in Betonung der Kaisertreue und der friedfertigsten Toleranz nicht genug tun konnte, hat gerade noch ein Graf Limburg-Stirum gefehlt, um das deutsch-römische Bündnis, dessen ein Singer sich hohnvoll freuen mag, durch einen Kuß auf die Lippen des welschen Kardinals Ferrari zu besiegeln. Mit der Erklärung des deutschen Kardinals Fischer, daß es sich heute um nichts weiter handle, als um einen Kampf zwischen Glauben und Unglauben, hat der Katholikentag begonnen. Er endete bekanntlich mit einer italienischen Ansprache des Mailänder Kardinals, welche die „paritätische" Forderung der Wiederzulassung der Jesuiten neben der alten Demonstration für den Kirchenstaat in den stärksten Accenten wiederholte. „Sie sind Ultramontane", wagte der römische Spötter deutschen Gastrechts unter dem Jubel der also apostrophierten Deutschen auszurufen. Indem ihr — so lautete der nicht mißzuverstehende Sinn dieses Kriegsrufs — unter den Fittichen des kaiserlichen Adlers für Jesuiten und Papst kämpfet, seid ihr den thebaischen Märtyrern vergleichbar, die zwar auch ihres Glaubens wegen verfolgt wurden, sich aber dennoch nicht gegen den von Gott gesetzten Herrn empörten! Und gleichzeitig bringt die „Nordd. Allgem. Ztg." unter den Fittichen des Kaiseradlers den begeisterten Ultramontanen die frohe Kunde, daß die preußische Regierung im Bundesrate nach wie vor für die Aufhebung der Jesuitensperre eintreten werde. Wenn die römischen „Märtyrer ihres Glaubens" also irgendwie Lust oder Grund gehabt hätten, sich gegen ihren Kaiser zu empören, so ist dazu nunmehr nicht der geringste Anlaß vorhanden. Im Gegenteile: So eindringlich und feierlich hat der Katholikentag seine Vaterlandsliebe und unendliche Toleranz versichert, daß die Schuld an konfessioneller Hetze zweifellos auf protestantischer Seite liegen muß, daß es ein schreiendes Unrecht wäre, so wackeren Patrioten die Erfüllung ihres Sehnens nach den Jesuiten länger vorzuenthalten. Aber ernsthaft: Es unterliegt keinem Zweifel, daß die ultramontane Partei, die seit dem berühmten Veto gegen Rampolla auch an den Habsburgern keine Stütze mehr findet, mit Sack und Pack in das Lager des deutschen Reichsaars übergegangen ist. Und wer diese historische Schwenkung vom Kulturkampf bis zur Reichsregentschaft des Zentrums genauer verfolgt, der kann aus den Kundgebungen des 50. Katholikentages sogar ziemlich deutlich die Geneigtheit der Ultramontanen herauslesen, selbst mit dem „räuberischen Italien" Frieden zu schließen und auf die wertlos gewordene Reliquie des Kirchenstaates, die als Agitationsmittel für die urteilslose Herde gerade noch gut genug ist, zu verzichten, wenn ihnen dafür im Deutschen Reiche eine angemessene Entschädigung geboten wird. Pius X., der seine Heimat liebt — so meinte ein Redner zu Köln bedeutungsvoll —, werde ja nichts verlangen, was zu erfüllen Italien staatsrechtlich unmöglich sei ... Bei solch gründlicher Revision der päpstlichen Taktik im Dreibunde, die in sicherer Aussicht auf die in Frankreich nicht ausbleibende Reaktion den Schwerpunkt, die Operationsbasis und die Truppen des Papsttums aus Italien nach Deutschland verlegt, wird der Begriff Ultramontanismus mit Recht bald nur noch von den jenseits der Alpen befindlichen Italienern auf uns Deutsche angewendet werden können.

Der „Reichsbote", der sich eine Woche lang in der trügerischen Hoffnung wiegte, Preußen sei in der Jesuitenfrage anderen Sinnes geworden, wird sich für das fast brutale offiziöse Dementi mit dem Gedanken trösten müssen, daß er wenigstens die volle Wahrheit und Klarheit zu Tage gefördert hat. Damit werden sich aber jene Kreise, die in der noch immer steigenden Macht des Ultramontanismus und seiner natürlichen Folgeerscheinung, dem Anwachsen revolutionärer Strömungen, die eigentliche Reichsgefahr erblicken, nicht genügen lassen können. Wie das liberale deutsche Bürgertum, das den Hort des Reichsgedankens bildet, sein altes Verhalten zur Reaktion aller Schattierungen zu ändern gezwungen ist, so wird auch die Stellung der deutschen Mittel- und Kleinstaaten, die einst König Wilhelm in Versailles die Reichskrone vertrauensvoll anboten, zur heutigen Suprematie Preußens einer Revision unterzogen werden müssen, und zwar einer gründlichen.

Deutsches Reich.

S.N.K. Leipzig, 29. August. Auf dem Katholikentage in Köln ist die Lage der Katholiken in Sachsen wieder einmal recht schwarz geschildert worden. So sagte ein Redner bei Besprechung der Missionen: „Am schlimmsten ist es mit der Diaspora im Königreich Sachsen bestellt. Die Tränen können einem in die Augen treten, wenn man den Jammer sieht." Wir wollen nicht leugnen, daß die Zahl der vorhandenen Seelsorger zu klein ist, um dem immer mehr zunehmenden Unglauben in einzelnen Kreisen der katholischen Bevölkerung zu steuern, aber feststellen müssen wir doch, daß an dem vorhandenen Notstand im wesentlichen nur die fremden Elemente schuld sind, die aus Galizien, Mähren oder Böhmen zu uns kommen und nicht dauernd im Lande Aufenthalt nehmen. Für ihr Seelenheil in gleicher Weise wie für die Bürger zu sorgen, ist weniger die Aufgabe des Staates als der katholischen Kirche selbst.

-+- **Berlin**, 29. August. (Das Zentrum und der Reichsschatzsekretär.) Der Auffassung der „Freisinnigen Zeitung", daß die Ernennung des Frhrn. von Stengel zum Reichsschatzsekretär erfolgt sei, um die Einigkeit des Zentrums in der Frage der Reichsfinanzreform zu zerstören und den süddeutschen Flügel zu sich herüber zu ziehen, tritt die gesamte Zentrumspresse entgegen, unseres Erachtens mit Recht. An sich hat eine Loslösung des süddeutschen Flügels, insonderheit der bayerischen Mitglieder, von der Masse der Zentrumspartei schon wiederholt stattgefunden, aber immer nur in der Weise, daß die Masse mit der Regierung ging, die Süddeutschen mit der Opposition. Und Freiherr von Stengel kann doch in seiner Stellung nicht dazu berufen sein, in diesem Sinne quasi den Führer des oppositionslustigen Flügels des Zentrums zu spielen. Zum zweiten würde eine Lostrennung des süddeutschen Flügels das Zentrums der Regierung auch dann nichts nützen, wenn sich das Gegenteil der früheren Zentrumsgruppierung erzielen ließe, wenn also die süddeutschen Zentrumsleute mit der Regierung gingen, sobald die Masse sich in Opposition zur Regierung stellte. Nimmt man nicht nur die engeren Landsleute des Frhrn. v. Stengel, sondern auch noch die Württemberger und die Badenser im Zentrum zusammen, so ergeben sich etwa 45 Stimmen, die im Anschlusse an die beiden konservativen Parteien, die nationalliberalen und die regierungsfreundlichen Gruppen etwa 170 ausmachen würden. Die Mehrheit bliebe dann immer bei der aus der Masse des Zentrums, den linksliberalen Parteien, den Sozialdemokraten, den Polen, Welfen, Elsässern ꝛc. bestehenden Opposition. Wenn also dem Frhrn. v. Stengel überhaupt eine Aufgabe hinsichtlich der parlamentarischen Haltung der süddeutschen Zentrumsmitglieder angewiesen wäre, so könnte diese nicht darin bestehen, diesen Flügel von der Masse der Partei zu trennen, sondern umgekehrt, ihn der Masse in solchen Fällen anzugliedern, in denen bisher der süddeutsche, speziell der bayerische Flügel sich von der Partei getrennt hat. Bei den Handelsverträgen und den zu erwartenden militärischen Vorlagen könnte dies wohl von Bedeutung sein. Auch die Reichsfinanzreform, mag sie worin immer bestehen, würde kaum durchführbar sein, wenn nicht das gesamte Zentrum mit der Regierung zusammen ginge. Ob sich dies freilich ermöglichen lassen wird, will uns nach den Auslassungen mancher Zentrumsblätter gerade gelegentlich der Ernennung des Freiherrn v. Stengel trotz der persönlich wohlwollenden Stellungnahme zu dem neuen Minister recht fraglich erscheinen.

* **Berlin**, 28. August. (Der Kanal als Privatunternehmen.) Bekanntlich mußte Preußen, um das Projekt des Mittellandkanals vorlegen zu können, mit Bremen einen Staatsvertrag schließen, nach dem die Weserkanalisierung von Minden abwärts zu Lasten Bremens geschehen sollte. Der größte deutsche Bundesstaat muß jetzt die Regierung der freien Stadt Bremen benachrichtigen, daß er außer stande ist, die verfassungsmäßige Genehmigung seines Landtages zur Erfüllung des Vertrages zu erwirken. „Das kann", so schreiben dazu die „Deutschen Stimmen", „dem Ansehen Preußens bei den anderen Bundesstaaten insgesamt nur erheblichen Abbruch tun. Es bringt in beklagenswerter Deutlichkeit zum Bewußtsein, daß der in Preußen gesteuerte Kurs zwar an schönen Reden und kraftvoll klingenden Schlagworten überreich ist, um so ärmer jedoch an klarer Erkenntnis dessen, was erreicht werden kann, und an Entschlossenheit, die im Wege liegenden Hindernisse zu beseitigen". Im weiteren aber teilt das genannte Organ mit, daß Bremen nicht nur den Staatsvertrag mit Preußen geschlossen hat, sondern daß es sich auch einer Interessengruppe gegenüber bereit erklärt hat, sein Millionenopfer für die untere Weser zu bringen, wenn diese Gruppe die übrigen Opfer zu bringen vermag, welche in der Regierungsvorlage vorgesehen waren. Ferner sind nach derselben Quelle die nächstbeteiligten Provinzen Rheinland, Westfalen, Hannover und Sachsen in Verbindung mit interessierten wirtschaftlichen Verbänden willens, tatsächlich den Kanal vom Rhein bis zur Elbe aus ihrer eigenen gemeinsamen Kapitalkraft zu bauen. Es soll bisher nur an dem völligen Mangel an Entschlossenheit der Regierung gelegen haben, daß dieser leistungsfähige Unternehmerverband noch nicht ans Werk gehen konnte. — Es wäre nur zu wünschen, daß die interessierten Verbände ihren Plan nebst seinen finanziellen Unterlagen der Oeffentlichkeit unterbreiteten, und zwar unverzüglich. Ein Grund, dem Privatkapital die Durchführung dessen zu verwehren, wozu der Regierung die moralischen und taktischen Fähigkeiten abgehen, ist nicht ersichtlich. Der gegenwärtige Augenblick wäre zur Bekanntgabe des Privatprojekts besonders geeignet, weil dann die verkehrsfreundlichen Parteien den Kanalbau zur Wahlparole machen und die Regierung zu einem Entschluß drängen könnten. Darauf, daß die zusammengepferchte Lage der rheinisch-westfälischen Industrie aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen der Abhülfe dringend bedarf, daß es sich bei dem Kanalbau mithin nicht um Sonder-Liebhabereien bestimmter Kreise, sondern um eine Frage von nationaler Bedeutung handelt, ist im übrigen genugsam hingewiesen worden.

* **Berlin**, 29. August. (Kaiser Josef über die Jesuiten.) Kaiser Josef richtete im Jahre 1770 an den französischen Minister Herzog v. Choiseul einen Brief, in dem er seiner Meinung über die Jesuiten Ausdruck gab. Vielleicht sind seine Bemerkungen zu einer Zeit, in der das „Lobt die Jesuiten" zur Parole zu werden droht, von besonderem Interesse:

„Ich kenne diese Leute", heißt es in dem Briefe, „so gut wie irgend Einer, weiß alle ihre Entwürfe, die sie durchgesetzt, ihre Bemühungen, Finsternis über den Erdboden zu verbreiten und Europa vom Kap Finis terrae bis an die Nordsee zu regieren. In Deutschland waren sie Mandarins, in Frankreich Akademiker, Hofleute und Beichtväter, in Spanien und Portugal die Scandale der Nation und in Paraguay Könige. So war es, Choiseul; ich sehe voraus, daß es anders werden muß."

Als dann am 21. Juli 1773 der Jesuitenorden durch Papst Clemens XIV. unterdrückt wurde, ließ der Wiener Hof das Breve sofort in allen Erblanden vollstrecken. Kaiserin Maria Theresia sprach dem Papste ihre Billigung aus, und Josef schrieb dem spanischen Minister die tiefeinschneidenden Worte:

„Einen fortdauernden Ruhm hat sich Clemens XIV. durch die Abolition der Jesuiten erworben; ehe sie in Deutschland bekannt geworden, war die Religion eine Glückseligkeitslehre der Völker, sie haben sie zum empörenden Bilde umgeschaffen, zum Gegenstand ihres Ehrgeizes und zum Deckmantel ihrer Entwürfe herabgewürdigt. Ein von der schwärmerischen Einbildungskraft eines spanischen Veteranen entworfenes Institut, welches die Unterjochung über den menschlichen Geist erwerben und zu diesem Zwecke alles dem infallibeln Senate des Laternus unterwerfen wollte, mußte ein unseliges Geschenk für Deutschland sein. Das Synedrium dieser Loyoliten hatte den eigenen Ruhm, die Ausbreitung der eigenen Größe und der Finsternis der übrigen Welt zum ersten Zweck. Ihre Intoleranz war die Ursache, aus welcher Deutschland das Elend eines dreißigjährigen Krieges dulden mußte; ihre Prinzipien haben die Heinriche von Frankreich um Leben und Krone gebracht, und sie sind die Urheber des abscheulichen Widerrufes des Edikts von Nantes gewesen; der mächtige Einfluß, den sie über die Prinzen des Hauses Habsburg hatten, ist nur zu sehr bekannt; die Erziehung der Jugend, Literatur, Belohnungen, Erteilung der größten Würden im Staate, das Ohr der Könige und das Herz der Königinnen alles war ihrer Führung anvertraut. Man weiß, welchen Ge-

SLUB
Wir führen Wissen.